

Klimawandel verursacht jährlich bis zu 8,8 Mrd. Euro Schaden bis 2050

Maßnahmen zur Anpassung und Klimaschutz reduzieren Kosten

Österreichs Volkswirtschaft wird bis 2050 Schäden, die durch den Klimawandel verursacht werden, in Höhe von bis zu 8,8 Mrd. Euro jährlich zu verkraften haben. Das besagt die im Auftrag des Umweltministeriums und des Klima- und Energiefonds erstellte weltweit erste Studie in dieser Breite zu den wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels „COIN - Cost of Inaction: Assessing the Costs of Climate Change for Austria“. Kommen extreme Wetterereignisse hinzu – wie z.B. ein Jahrhunderthochwasser – können diese bis Ende des Jahrhunderts sogar um weitere 41 Mrd. Euro allein im Gebäudesektor ansteigen.

Umweltminister Andrä Rupprechter: „Die Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 2 Grad Celsius ist eine Aufgabe, die internationaler und nationaler Anstrengungen bedarf. Der neue Weltklimavertrag, der Ende des Jahres in Paris beschlossen wird, ist die notwendige Antwort darauf. In Österreich verfolgen wir eine Doppelstrategie. Mit aktivem Klimaschutz, also der Verringerung der Treibhausgas-Emissionen, bekämpfen wir die Ursachen des Klimawandels, mit Anpassungsmaßnahmen lindern wir die Symptome!“.

In beiden Bereichen hat das BMLFUW wesentliche Initiativen gesetzt, beispielsweise die Förderschienen der Umweltförderung und des Klima- und Energiefonds, der Sanierungsscheck, die Klimaschutzinitiative klima:aktiv oder das Aktionsprogramm „Hochwassersicheres Österreich“.

Trotzdem entwickelt sich Österreich derzeit sogar rückwärts

Minister Rupprechter bestätigte die Feststellung von Günter Lang, Leiter der [Passivhaus Austria](#), das beispielsweise im Gebäudesektor, in dem die kostengünstigsten Energieeffizienzmaßnahmen zum Klimaschutz möglich wären, derzeit in Österreich vieles in die verkehrte Richtung läuft:

- Im Regierungsübereinkommen von ÖVP und SPÖ aus 2008 war bereits festgehalten, dass ab 2015 in Österreich Passivhaus Mindeststandard sein wird
- Tatsächlich bestraft die OÖ. Wohnbauförderung seit 1.1.2015 jeden mit dem Totalverlust der WBF, wenn er besser als der schlechteste Mindeststandard baut!
- Tatsächlich hat der nationale Plan das EU-weit ab 2021 verpflichtende "Nearly Zero Energy Building" für Österreich mit dem zweieinhalb fachen Energieverbrauch festgelegt, als das Passivhaus erfüllt
- Tatsache ist, dass dem entgegen die Stadt Brüssel seit 1.1.2015 in der Bauordnung für sämtliche Neubauten den Passivhaus-Standard vorgeschrieben hat. Und in der umfassenden Sanierung einen max. HWB von 18 kWh/m²a sogar vorgibt. Luxemburg wird dies ab 2017 umsetzen. Dänemark und viele andere EU Länder folgen dem.
- Es ist also im Gebäudesektor problemlos und kostengünstig möglich, es bedarf nur des politischen Willens. Es wird also an allen Beteiligten liegen, hier Österreich doch wieder an die führende Klimaschutznation heran zu führen

Hohe Kosten unterstreichen Handlungsbedarf

Klima- und Energiefonds Geschäftsführer Ingmar Höbarth: *„Österreich ist als alpine Region besonders stark vom Klimawandel betroffen. Das wird bereits im [Klimabericht](#) deutlich. COIN gibt diesen Erkenntnissen zusätzliche Brisanz. Die Studie beziffert erstmals die Folgekosten des Klimawandels für Österreich.“*

Von den Auswirkungen des Klimawandels sind praktisch alle Bereiche betroffen, besonders die menschliche Gesundheit, Energiewirtschaft, Forst- und Landwirtschaft, Tourismus, aber auch Verkehrsinfrastruktur und Gebäude.

Die Szenarien wurden unter der Annahme berechnet, dass die globale Erwärmung 2050 die 2-Grad-Grenze nicht überschreitet. *„Das unterstellt geringere Emissionen, als der Pfad, auf dem wir uns global derzeit befinden. Sollten wir keine stärkere Emissionsreduktion schaffen, muss deutlich nach oben korrigiert werden“*, erläutert Karl Steiniger, der die Studie federführend betreut hat.

Konkrete Beispiele für besonders betroffene Sektoren benennt Steiniger: *„Das kann zum einen ein Bauverbot in Hochwasserzonen sein. Oder auch kluge Stadtplanung, die Hitzeinseln vermeidet und natürliche Beschattung begünstigt.“* Ein Wirtschaftszweig wird sich in den kommenden Jahren umstellen müssen: *„Wintertourismus wird in vielen Lagen Österreichs kürzer oder gar nicht mehr in der bekannten Form stattfinden können. Die Betriebe sind gut beraten, sich schon heute Alternativen für Gäste zu überlegen.“*

Über die Studie

COIN ist ein interdisziplinäres Projekt der Universität Graz mit 42 ForscherInnen aus 18 Forschungsgruppen aus ganz Europa, das durch das Klimafolgenforschungsprogramm ACRP des Klima- und Energiefonds mit 378.000 Euro finanziert wurde. Untersucht wurden zwölf Schlüsselbereiche, die sich mit denen der österreichischen [Strategie zur Anpassung an den Klimawandel](#) decken.

Weitere Informationen

- Die Kurzfassung der Studie und Fact-Sheets zu den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr und Mobilität, Tourismus, Fertigung und Handel, Gesundheit, Wasserver- und Entsorgung, Urbane Räume, Katastrophenmanagement, Energie- und Stromversorgung und Forstwirtschaft: <https://www.klimafonds.gv.at/presse/presseinformationen/>
- Ein Sonderheft „Die Folgeschäden des Klimawandels in Österreich“ der Schriftenreihe „ACRP in essence“: <https://www.klimafonds.gv.at/service/broschueren/acrp-in-essence/>
- Klimaforschungsnetzwerk CCCA: <http://www.ccca.ac.at/>
- Projektwebsite COIN: <http://coin.ccca.at/>